

Forum

«Zeitenwende»: Die Ziele unserer Sicherheitspolitik sind neu zu definieren, der Armeeauftrag ist der veränderten Lage anzupassen



THEODOR H. WINKLER

Der russische Einmarsch in der Ukraine hat zu einer fundamentalen, tiefgreifenden Veränderung der internationalen Lage geführt. Dieser Veränderungsschub ist noch keineswegs abgeschlossen. Die Entwicklung ist noch in vollem Gange. Es wird Jahre

dauern, bis die Situation im neuen Aggregatzustand wieder durch berechenbarere und stabilere Zeiten abgelöst wird. Eine aktuelle Beurteilung und Erkenntnisse für die Schweizer Armee.



ALT-BOTSCHAFTER DR. THEODOR H. WINKLER gilt als sicherheitspolitischer Vordenker der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung). Er ist einer der Architekten der modernen Schweizer Sicherheitspolitik, geistiger Vater der Genfer Zentren des Bundes für Sicherheitspolitik (GCSP), humanitäre Minenräumung (GICHD) und gute Regierungsführung im Sicherheitsbereich (DCAF) sowie der grosszügigen «Maison de la Paix» im Herzen des internationalen Genfs. Er leitete DCAF von 2000–2016 und machte das Zentrum zu einer der ersten Adressen der Welt. Sein jüngstes Buch, «Zeitenwende – Russland und Chinas Griff nach der Weltmacht» (ISBN 978-3-643-80339-9) ist soeben erschienen und stellt den fundamentalen Wandel in unserem strategischen Umfeld und dessen Konsequenzen für unser Land, seine Aussenpolitik, die Neutralität und unsere Armee dar.
E-Mail: thewinklers@bluewin.ch

«Es wird Jahre dauern, bis die Situation im neuen Aggregatzustand wieder durch berechenbarere und stabilere Zeiten abgelöst wird.»

Putin hat diese Zerrüttung des gesamten internationalen Systems bewusst erzwungen, denn er ist, wie sein chinesischer Freund Xi Jinping, davon überzeugt, dass das seit 1945 bestehende System einseitig die Interessen des Westens widerspiegeln. Die «Pax Americana», die auf das Ende des Zweiten Weltkrieges folgte, brachte den liberalen Demokratien in der Tat wachsenden Wohlstand, Freiheit und Frieden. Aber selbst der Globale Süden, für den die Welt härtere Realitäten bereithielt, machte schliesslich deutliche Fortschritte: Der Hunger nahm ab, der Alphabetismus zu. Die Kindersterblichkeit sank, die Lebenserwartung wuchs. Russland gehörte nicht zu den Gewinnern. 2022 lag sein Bruttosozialprodukt zehnmal niedriger als jenes von China, gar 15-Mal tiefer als jenes der USA. Wem die Weltmacht gehören sollte, würden Beijing und Washington untereinander ausmachen; Russland würde sie aber sicher nicht gehören. Trotz rund 6000 Nuklearsprengköpfen würde Russland bestenfalls als Regionalmacht angesehen, als «Lesotho mit Kernwaffen» (wie der deutsche Kanzler Helmut Schmidt es treffend formulierte). Für Putin, der sich als Nachfolger der grossen Zaren Russlands fühlt, war das keine Perspektive. Er strebt ein Grossrussland an, das den Glanz und die Glorie der ehemaligen Sowjetunion widerspiegelt und von der Welt Respekt verlangt: Ohne die Zustimmung des neuen Russlands würde auf der internationalen Bühne nichts gehen.

Putins Einmarsch in die Ukraine ist das Resultat eines bewussten strategischen Entscheides, der weit über die «Spezialoperation» in der Ukraine hinausgeht: Nämlich mit China zusammenzuarbeiten und Europa militärisch einzuschüchtern – sowohl mit konventionellen Waffen wie mit einem für diesen Zweck modernisierten und ausgebauten Nukleararsenal. Die Alternative, mit Europa, das auch um den Verbleib in der Spitzenklasse kämpft, zusammenzuspannen und mit ihm ein gemeinsames Haus Europa zu bauen, wie es Gorbatschow getan hatte, gab es für ihn nicht. Es hätte bedeutet, dass Russlands «gelenkte» Demokratie sich graduell in eine echte Demokratie hätte wandeln müssen. Putin war (wie Xi Jinping) sicher, dass die liberale Demokratie als Staatsform ausgedient hatte, dekadent geworden war, keine Rezepte mehr hatte, wie die Probleme

der Zukunft zu lösen wären. Eine Staatsform, die sich auf ihren Bankrott zubewegt, konnte Russland nichts bieten. Man sollte nicht auf Niete setzen. Vor allem aber hätte ein demokratisches Russland auch keinen Platz mehr für Putin. Autokratische Regime kennen nicht den friedlichen, geordneten Rücktritt des Diktators. Gestürzte Machthaber erhalten keine AHV.

Putins strategischer Entscheid ist daher nicht ein kleiner Irrtum, der jedem einmal en passant unterkommen kann. Es ist eine katastrophale grundsätzliche Fehleinschätzung, an der auch ein Waffenstillstand in der Ukraine nichts ändern würde, sollte es je zu einem solchen kommen. Putins strategische Fehleinschätzung der internationalen Lage liegt auch der unglaublichen Beharrlichkeit zugrunde, mit der er den Krieg weiterführt und an den Kriegszielen, die er am Morgen der Invasion verkündete, festhält: Die Verwandlung der Ukraine in einen Satrapenstaat; das Zurückdrängen der NATO aus Ost- und Mitteleuropa, und damit die Wiederherstellung des Glacis, das die Sowjetunion mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes verlor; die Rückkehr zur Politik der nuklearen «Abkoppelung» Europas von den USA. Putin wollte die Weltgeschichte um 40 Jahre zurückdrehen. Er drohte jedem, der ihn daran hindern würde (oder auch nur könnte), mit Invasion und dem Einsatz von Atomwaffen. Moldawien, die baltischen Staaten und Polen fühlten sich direkt bedroht. Schweden und Finnland beantragten, der NATO beizutreten. Die NATO sieht die Ukraine als Bastion, die sie nicht im russischen Ansturm untergehen lassen kann. Das kann sich der Westen moralisch, politisch und militärisch nicht leisten. Die Ukraine verteidigt in Bachmut nicht nur ihr Land, sondern auch Warschau, Berlin, Paris, London – und die Schweiz.

«Putins strategischer Entscheid ist daher nicht ein kleiner Irrtum, der jedem einmal en passant unterkommen kann. Es ist eine katastrophale grundsätzliche Fehleinschätzung, an der auch ein Waffenstillstand in der Ukraine nichts ändern würde, sollte es je zu einem solchen kommen.»

Die Schweiz ist noch nicht erwacht

Die heutige Stimmung in Europa ist surreal. Nur zwei Flugstunden von uns entfernt wütet ein erbarmungsloser Krieg, dem hunderttausende von Menschen zum Opfer fallen und der mehr als acht Millionen Flüchtlinge geschaffen hat, während Westeuropa in scheinbarer Normalität weiterlebt und den Sommerferien entgegenblickt. Die Situation könnte klarer nicht sein: Russland hat seinen Nachbarn in Verletzung aller völkerrechtlichen Normen überfallen und versucht, ihn zu er-

obern, seine Regierung zu ermorden. Russland ist der Angreifer. Punkt. Alles, was zur Rechtfertigung vorgebracht wird, ist nicht wahr (und würde, selbst wenn es wahr wäre, niemals einen Angriff auf die Ukraine rechtfertigen). Dessen ungeachtet, glauben 30 Prozent der Schweizer Putins Lügengewebe. Und der Rest? Nach einer ersten Welle grosser Hilfsbereitschaft ist wieder der Alltag eingekehrt. Meinungsmanipulatoren, wie der SVP-Nationalrat Roger Köppel, schlüpfen selbstverliebt in die Rolle des kritischen Journalisten. Köppel zögert nicht, seine Sendung «Weltwoche Daily», die Putin das Wort redet, direkt vom Roten Platz in Moskau aus zu senden. Man sieht das daheim in der Schweiz (noch) nicht als Landesverrat an. Die Schweiz ist noch nicht erwacht. Wie im August 1914, als sich Europa nur noch Tage vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges entfernt befand, herrscht eine weitverbreitete Unbekümmertheit. Dem Mann auf der Strasse erscheinen die Bedrohungen, wenn es sie gibt, weit entfernt. Nach beinahe 80 Jahren Frieden kann sich kaum jemand erinnern, wie Krieg aussieht und was man gegen ihn tun kann. Das ist ganz ausgeprägt in der Bundesrepublik zu spüren. Die politische Schlacht um die NATO-Nachrüstung Ende der 1970er und anfangs der 1980er-Jahre und die Demonstrationen gegen neue Kernkraftwerke haben in der deutschen Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen. Das Wirtschaftswunder hat zu einem bescheidenen, aber soliden Wohlstand geführt (der aber nicht alle Teile der Bevölkerung erreicht. Vor allem in der ehemaligen DDR und bei der Hartz-IV-Generation sieht die Lage anders aus). Die Bereitschaft, hart zu arbeiten, sich zu engagieren, ist nicht länger Leitmotiv. Angesichts der grösser werdenden Reichtumschere, tönt das «Schaffe, schaffe, Häusle baue» hohl und verliert an Anziehungskraft. Das gilt auch für andere Staaten. Viele bescheiden sich mit 60- oder 80-Pro-

«Die heutige Stimmung in Europa ist surreal.»

zent-Stellen. Protestparteien, «gilets jaunes», Brexit-Befürworter, QAnon und Verschwörungstheoretiker, Neonazis und Altkommunisten, Trump-Anhänger und Trychel-Schwinger, Wut- und Reichsbürger: Sie alle sehen ihre Interessen von den etablierten Parteien nicht mehr ernst genommen. Die Zahl derer, die skandieren, sie seien das Volk (ohne diesem eine realistische Perspektive anbieten zu können), steigt an. Alljährlich geben Putins Geheimdienste zur Beeinflussung der Wahlen in der demokratischen Welt nicht we-

niger als 300 Millionen USD aus. Von Cyber wird dabei intensiv Gebrauch gemacht. Der Staat wurde, insbesondere in den USA, zum Feind. Die traditionellen europäischen Volksparteien finden es immer schwieriger, fest im Sattel sitzende Regierungen zu bilden. Der weitere institutionelle Ausbau der EU ist ins Stocken geraten. Den Staaten des Westbalkans ist die Mitgliedschaftsperspektive auf den St. Nimmerleinstag verschoben worden. Hätte Putin Gorbatschows Politik fortgesetzt, so wäre eine graduelle Annäherung zwischen Russland und Deutschland kein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Der ehemalige Kanzler Schröder mit seinen engen Beziehungen zu Putin und seinen kommerziellen Interessen bei GAZPROM ist ein exzellentes Beispiel für das, was Russland potenziell hätte erreichen können.

Wie besiegt man eine Nuklearmacht mit konventionellen Mitteln?

Tempi passati. Olaf Scholz hat mit seinem Wort der «Zeitenwende» den Zeitgeist treffend beschrieben. Unsere Nachbarn fühlen sich nicht nur sehr direkt bedroht, sondern auch persönlich hintergangen. Niemand hatte mit Putins Gewaltstreik gerechnet – nicht einmal nach der Krim. Die NATO rückte zusammen, statt wie eine Hühnerschar vor dem Fuchs in alle Richtungen auseinanderzustieben, wie Putin erhofft hatte. Der Verdienst gebührte hierfür den Vereinigten Staaten. Ohne die USA läuft gar nichts. Bidens Entschluss, die Ukraine nicht fallen zu lassen, war entscheidend. Washington hat am schnellsten und effizientesten der Ukraine geholfen – militärisch mit Waffenlieferungen, die den russischen militärischen Vorteil aushebelten, mit Geheimdienstinformationen, die der Ukraine die elektronische Kontrolle des Schlachtfeldes gaben und ihr immer wieder tollkühne militärische Waffentaten ermöglichten (die

Versenkung des Raketenkreuzers «Moskwa», des Flaggschiffs der russischen Schwarzmeer-Flotte, ist nur ein Beispiel für Dutzende solcher Coups) sowie mit Sanktionen gegen Russland, die langsam, aber unaufhörlich den Druck auf Moskau erhöhen (und gleichzeitig die Weltwirtschaft entscheidend verändern). Eine Invasion Taiwans wird heute als akute und reale Gefahr erkannt, die zu einem Weltkrieg führen kann. Amerika reagiert mit der Stärkung seiner Bündnisse in Westasien und der Schaffung von neuen, regionalen Allianzen. Ein Schlag Xi Jinpings wird ab 2027 militärisch möglich eingestuft und als Bedrohung zur Kenntnis genommen. Das Pentagon sieht Taiwan als grösstes sicherheitspolitischen Problem der USA, das die volle Aufmerksamkeit der USA erfordert.

Die beiden Konflikte schaukeln sich gegenseitig hoch. Die grosse Militärhilfe, die die Ukraine heute erhält, leert die westlichen Arsenale in beängstigendem Umfang. Bricht eine Invasion Chinas über Taiwan herein, so bleibt nicht mehr viel für den Inselstaat zurück. Die Erfahrungen mit Sanktionen, die gegen Russland verhängt wurden, müssen einer Planung von Sanktionen gegen China im Falle eines Angriffs dienen. China ist dabei eine sehr viel härtere Nuss als Russland. Doch Putins mörderischer Wille, sich in der Ukraine unbedingt durchzusetzen, koste es, was es wolle, zeigt ein Grundproblem auf: Wie besiegt man auf konventionelle Art eine Nuklearmacht? Und schliesslich: Wie stellt man sicher, dass Putin (oder sein Nachfolger) 2027 den Windschatten einer Taiwankrise nicht dazu nutzt, ein drittes Mal über die Ukraine herzufallen?

Das strategische Umfeld der Schweiz hat sich entscheidend verändert

Der Westen begann die Unterstützung der Ukraine mit rein defensiven Infanteriewaffen (wie Javelin und anderen schultergestützte Anti-Tank-Waffen oder Stinger-Flu-

gabwehrraketen). Das ermöglichte den Ukrainern, den in der Mitte der Schlammperiode notwendigerweise auf den Strassen vorrückenden Russen empfindliche Verluste zuzufügen. Als der Westen vermehrt Drohnen aller Art und über 200 modernste Geschütze lieferte, war Putin gezwungen, den Stoss auf Kiew abubrechen. Zwei ukrainische Gegenangriffe bei Charkiw und Cherson fügten Russland hohe Verluste zu. Das Unmögliche wurde plötzlich denkbar: Die Ukraine könnte gewinnen.

Je schwieriger die Lage der russischen Armee wurde, die Hunderttausende von Opfern zu beklagen hatte, Tausende

von Panzern und Dutzende von Kampfflugzeugen verlor, desto entschlossener hielt der Kreml-Chef an seinem Kurs fest. Ein Scheitern der Invasion kam für ihn nicht infrage. Stattdessen mobilisierte er – wie so viele Moskowiter Herrscher vor ihm – Massen von Wehrpflichtigen, Söldnern, Kriminellen und was immer sonst ihm in die Finger geriet. Der Gegner sollte unter einer Flut von Angreifern zermalm werden. Eine Niederlage würde das Ende von Putins Grossrussland-Träumen bedeuten und Russland in eine tiefe Krise stürzen. Putins Verhalten erinnert an das chinesische Sprichwort «Wer auf einem Tiger reitet, sollte es sich gut überlegen, ob er absteigen will».

Gesteht Putin die Niederlage ein, so sind seine Tage gezählt. Sie könnten es auch sein, wenn er nicht einen gesichtswahrenden Ausstieg aus dem Krieg findet. Machtkämpfe unter den möglichen Nachfolgern sind bereits im Gange. Eine Nuklearmacht, die von Machtkämpfen geschüttelt wird, ist nicht jedermanns Wunschnachbar. Selbst wenn Putin einem Waffenstillstand zustimmen sollte: Es wäre ein brüchiges Arrangement, das beide Seiten nur zur Vorbereitung der nächsten Runde nutzen dürften. Als echte Garantie, nicht wieder von seinem mächtigen Nachbarn angegriffen zu werden, zählte nur ein NATO-Beitritt, der aber nicht nur von Putin strikte abgelehnt wird, sondern auch bei mehreren der NATO-Mitglieder keine Unterstützung geniesst. Die USA gehören zu den

«Eine Invasion Taiwans wird heute als akute und reale Gefahr erkannt, die zu einem Weltkrieg führen kann.»

«Die grosse Militärhilfe, die die Ukraine heute erhält, leert die westlichen Arsenale in beängstigendem Umfang. Bricht eine Invasion Chinas über Taiwan herein, so bleibt nicht mehr viel für den Inselstaat zurück.»

Verbündeten Kiews, die die Ukraine nicht bei der Rückeroberung der Krim unterstützen dürften. Für einen Friedensschluss aber liegen die Positionen, selbst wenn man die Krimfrage einmal ausklammert, zu weit auseinander. Russland hat zu schwere Kriegsverbrechen begangen. Anders ausgedrückt: Es gibt kein Szenario, dass die Ukraine Krise schnell löst und Europa wieder Frieden finden lässt.

Das bedeutet für die Schweiz, dass sich ihr strategisches Umfeld entscheidend verändert hat. Wir sind nicht mehr von Freunden umzingelt, sondern von einsichtigen Partnern, die uns verständnislos ansehen wegen unserer Weigerung, das Kriegsmaterial, dass wir ihnen vor Jahrzehnten lieferten, an die Ukraine weitergeben zu können. Das sichtbare Zögern, die Guthaben Russlands vollumfänglich zu blockieren, respektive die Weigerung, eingefrorene Guthaben allenfalls auch einzuziehen (um den Wiederaufbau der zerstörten Ukraine zu finanzieren), schaden uns ebenfalls schwer. Christoph Blocher will mit seiner Neutralitätsinitiative die Rückkehr zur Politik des «courant normal» auch die Teilnahme an Sanktionen beenden. Die Schweiz würde Sanktionen nicht mehr mittragen, lediglich zusagen, dass sie Umgehungsgeschäfte über die Schweiz durch das Einfrieren des Handelsvolumens nicht zulassen würde. Wir würden zum Paria. Unser Image würde schwer leiden, Freundschaften ein abruptes Ende finden. Schlimmer: Die USA und die OECD würden umgehend Sanktionen gegen uns verhängen. Christoph Blochers Initiative würde zur völligen Isolation der Schweiz führen.

Man betrachtet im Ausland unsere Neutralität nicht mehr als im Interesse Europas liegend. Das war im 19. Jahrhundert nach den napoleonischen Kriegen noch der Fall. Das Haager Landkriegsabkommen von 1907, auf die sich unsere Neutralitätspolitik gerne abstützt, hat heute nur in einzelnen Bereichen des humanitären Völkerrechts noch Bedeutung (Prinzip des Schutzes der Zivilbevölkerung, Regelung des Umgangs mit Kriegsgefangenen). Ihr neutralitätspolitischer Teil ist aber durch die UNO-Charta obsolet geworden. 1907 durften Staaten noch Angriffskriege durchführen – frei nach dem Dictum von Clausewitz, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Die Charta der UNO verbietet Krieg (nur Selbstverteidigung ist gestattet, bis der UN-Sicherheitsrat die notwendigen Massnahmen getroffen hat, um den Konflikt

«1907 durften Staaten noch Angriffskriege durchführen – frei nach dem Dictum von Clausewitz, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Die Charta der UNO verbietet Krieg (nur Selbstverteidigung ist gestattet, bis der UN-Sicherheitsrat die notwendigen Massnahmen getroffen hat, um den Konflikt zu beenden).»

zu beenden). Was wir Schweizer als von der Staatenwelt begehrtes Gut empfinden, wird von dieser zunehmend als Deckmantel betrachtet, hinter dem wir Steuerflucht, Geldwäscherei, das Verstecken von Diktatorengeldern und andere Formen der Betrugerei verbergen. Die Schweiz hat in den letzten Jahrzehnten noch jede Schlacht betreffend den Finanzplatz verloren (Bankgeheimnis, automatischer Informationsaustausch, jüdische Guthaben). Wir argumentieren nicht mit den Bedürfnissen unserer Zeit, sondern mit Argumenten aus dem letzten und vorletzten Jahrhundert. Das kann nur schiefgehen.

Der Bundesrat denkt nicht strategisch

Wir sind nicht mehr automatisch die «Guten». Im Gegenteil, wir werden von unseren Partnern als eigennützig gesehen. Zwei Gipfeltreffen in 36 Jahren (Reagan/Gorbatschow 1985 und Biden/Putin 2021) sind eine magerer Ausbeute. Gipfeltreffen finden heute überall statt. Um Gute Dienste zu leisten, also dessen Interessen bei einem Antagonisten zu vertreten, muss man keineswegs neutral sein. Die Schweiz vertritt die US-Interessen im Iran. Die iranischen Interessen in Washington vertritt aber Pakistan.

Heute wird von uns deutlich mehr verlangt. Brav sein, reicht nicht mehr (und «brav» waren unsere Finanzinstitute ohnehin nie). Wir sind heute nicht mehr von Freunden umzingelt, eingebettet in NATO und EU, die uns Sicherheit und Handelsgelegenheiten gratis und franko vor die Haustüre liefern. Unsere Partner betrachten uns heute skeptisch, schliessen uns von der europäischen Zukunft aus (graduell aus dem gemeinsamen Markt, abrupt aus dem Hochschulprogramm «Erasmus», dem EU-Forschungsprogramm, der Koordination der Eisenbahnfahrpläne, der Regelung des Energiesektors und anderem mehr). Dies alles in einem Umfeld, das seit Jahrzehnten nicht mehr so gefährlich war und sich so schnell verändert wie heute. Und: Der Wolf pirscht sich heran.

Das Erste, das wir tun müssen, ist wieder anfangen zu denken. Unter der «Pax Americana» war das nicht zwingend notwendig. Wir waren neutral (was oft gleichzusetzen war mit einer Weigerung, die westliche Wertegemeinschaft zu unterstützen; etwa als wir den «courant normal» gegenüber dem menschenverachtenden Apartheid-Regime in Südafrika anwandten). Wir hatten nur sektoriell eine wirkliche Aussenpolitik. Wir konnten in den moralisch wichtigen Bereichen wie Menschenrechte aktiv sein; wir mussten nur selten unsere Aussenpolitik zur Durchsetzung unserer nationalen Interessen einsetzen. Das entband uns gleichzeitig davon, diese klar zu definieren. Diese Problematik wurde durch die wiederholten deutschen Gesuche, Schweizer Munition, die Deutschland vor 35 Jahre gekauft hatte, zusammen mit 50 Gepard-Flakpanzern an die Ukraine zu liefern, welche vom Bundesrat ohne Wenn und Aber abgelehnt wurden, deutlich aufgezeigt. Das Kriegsmaterialgesetz war eben erst verschärft worden. Es sah keine Lücke vor, die ein anderes, liberaleres Regime für Re-Exporte gestattet hätte. Das Gesuch wurde, als es eintraf, der Völkerrechtsabteilung des EDA zur Prüfung zugewiesen. Diese stellte fest, dass die Gesetzeslage eine Zustimmung nicht erlaube. Ergo lehnte der Bundesrat die deutschen Anliegen ab. Was in diesem Prozedere völlig fehlte, war eine politische Beurteilung des Gesuches. Hatten wir ein Interesse daran, der Ukraine zu helfen? Was würden die Auswirkungen auf die wichtigsten Partner der Schweiz sein? Wer würde inskünftig noch Schweizer Waffen kaufen? Waren Auswirkungen auf unsere Verhandlungen mit der EU zu befürchten? Wie würde das Verhältnis zu den USA beeinflusst? Dem Bundesrat, der lange den Anschein machte, seine Politik bestehe darin, abzuwarten, bis es zu regnen aufhöre, scheint das allmählich zu erkennen. So hat er sich zugunsten des Gesuches um Rückgabe von 25 ausser Dienst gestellten Leopard 2 Kampfpanzern an den Hersteller Rheinmetall ausgesprochen. Die Panzer blieben in deutscher Hand, ermöglichten aber der Bundeswehr, eine entsprechende Anzahl Leopard aus ihren Beständen an die Ukraine zu liefern. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Bleibt der Entscheid des Parlamentes (insbesondere des Ständerates) abzuwarten.

Bundesrat und Schweizer Problemlösungsprozesse wurden durch den Ukrainekrieg völlig überfordert. Der Bundesrat denkt innenpolitisch, nicht aussenpolitisch, parteipolitisch, nicht strategisch. Die Schweiz ist politisch am Status quo interessiert, hat keine drängenden Anliegen, ausser der Förderung des Handels (und insbesondere des Freihandels) – und auch da will die Wirtschaft möglichst wenig staatliche Einmischung.

Neutralität ist ein Instrument, das Nutzen bringen soll, nicht Schaden

Die Armee hatte im Kalten Krieg eine kohärente, den Möglichkeiten des Landes entsprechende Sicherheitspolitik, die 1973 von Divisionär Gustav Däniker, dem intellektuellsten Schweizer General der Nachkriegszeit, verfasst worden war. Sie liess sich mit einem einzigen Stichwort, «Disuasion», zusammenfassen. Ohne Kernwaffen konnte niemand von einem Angriff auf die Schweiz abgeschreckt werden. Man konnte aber sehr viel tun, um ihm einen solchen Angriff als zu kostspielig erscheinen zu lassen. Vom Notvorrat der klugen Hausfrau bis zu den grossen Festungen in den Alpen liess sich alles über einen Leisten schlagen. Keines der strategischen Papiere, die auf diesen grossen Wurf folgten, hatte dessen einfache Klarheit und Logik.

«Die Armee gab die Fähigkeit zur Landesverteidigung de facto auf. Sie behielt nur noch das Wissen, wie man die Schweiz verteidigen könnte, nicht aber die Mittel dazu.»

Die Friedensdividende, die nun die anderen Politikbereiche nach 1991 einforderten, kürzte die Mittel, die der Armee zur Verfügung standen, dramatisch. Die Armee gab die Fähigkeit zur Landesverteidigung de facto auf. Sie behielt nur noch das Wissen, wie man die Schweiz verteidigen könnte, nicht aber die Mittel dazu. Selbst bei der Beschaffung der F-35 brachte die Luftwaffe das Argument in die Diskussion ein, dass die verlangte Stückzahl nur den luftpolizeilichen Schutz des Landes gestatte, für eine Verteidigung aber mindestens doppelt so viele Maschinen zu beschaffen wären. Die Armee behielt gewisse militärische Fähigkeiten (etwa den Kampf mechanisierter Verbände), gab aber

«Das Erste, das wir tun müssen, ist wieder anfangen zu denken.»

andere Fähigkeiten (etwa Luft-Boden-Angriffe) auf. In Ausrüstung, Ausbildung und Beständen wurden Lücken hingenommen. Nicht jede Einheit verfügte über ihre eigene Materialreserve. Eine Generalmobilmachung hätte ein böses Erwachen bedeutet. Aber niemand glaubte, dass es je wieder zu einer Generalmobilmachung kommen würde. Die Bestandesfrage wurde weniger unter dem Gesichtspunkt der beschränkten Abwehrkraft als um unsere Fähigkeit, am Milizsystem festhalten zu können, diskutiert.

Es ist höchste Zeit, von Niklaus von der Flüe und den napoleonischen Kriegen loszukommen und uns mit der Gegenwart zu befassen. Wir dürfen uns nicht länger in ein Heidi-Land zurückziehen und uns hinter Paragraphen verschanzen. Wir müssen vielmehr über die Bücher. Und zwar gründlich.

«Wir dürfen uns nicht länger in ein Heidi-Land zurückziehen und uns hinter Paragraphen verschanzen. Wir müssen vielmehr über die Bücher. Und zwar gründlich.»

Neutralität ist ein Instrument, das uns dienen soll, also Nutzen bringen. Beginnt sie uns zu schaden, so muss sie überdacht werden. Sie kann, wie dies Schweden und Finnland tun, auch aufgegeben werden. Das trifft auch für die Schweiz rechtlich zu, aber nicht politisch. Sie ist zu einem integrierten Bestandteil des schweizerischen Selbstverständnisses geworden. Vor Russlands Angriff auf die Ukraine waren 93 Prozent der Schweizer Bevölkerung für die Neutralität; nach dem Einmarsch immer noch 87 Prozent, das zeigte eine Studie der Militärakademie an der ETH Zürich, die heutige Schweizer Neutralität basiert nicht auf dem Kalten Krieg, sondern auf der Epoche der Herausbildung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert. Zuvor, vom Sieg der eidgenössischen Truppen in den Burgunderkriegen bis zur Schlacht von Marignano im Spätsommer 1515, hatte die Eidgenossenschaft einen Versuch unternommen, zur führenden Macht in Mitteleuropa zu werden, und insbesondere Norditalien erobert. Dies brachte sie zwangsläufig in Konflikt mit Frankreich und dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Die Burgunderkriege hatten Bern, die grösste Republik nörd-

lich der Alpen, ihre natürlichen Grenzen finden lassen. Zürich und Basel blickten nordwärts. Einzig die unter starkem demografischem Druck stehende Inner- schweiz war noch an Eroberungs- und Saubannerzügen in Norditalien interessiert, allein aber zu schwach, sie durchzuführen. Die Schweiz wurde zum Söldnerhaus Europas. Insgesamt dienten über zwei Millionen Soldaten und rund 300 000 Schweizer Offiziere in fremden Diensten. Diese direkteste Art, einen Staat militärisch zu unterstützen, wurde nicht im Widerspruch zur Neutralität gesehen.

Kapazität des internationalen Genfs ausbauen

Die Herausbildung des Nationalstaates setzte die über weite Strecken noch mittelalterliche Schweiz einer schweren Belastungsprobe aus. Die einzelnen Sprachgruppen hegten, als der Erste Weltkrieg ausbrach, Sympathien, die sich an ihrer Sprachzugehörigkeit orientierten. Das Land war tief gespalten. Erst das Grauen der Grabenkämpfe, der Jugend der Nationen, die von Maschinengewehren sinnlos abgeschlachtet wurden, von Verdun und Senfgas überwand diese Spaltung. Die Schweiz ist kein Nationalstaat, sondern eine Willensnation. Diese wurde durch die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges noch verstärkt, vor allem durch die Person des Generals, Henri Guisan, der mit dem Rütli-Rapport ein Zeichen setzte, das sich tief im kollektiven eidgenössischen Gedächtnis eingebrannt hat.

Eine Aufgabe der Neutralität ist aber auch nicht nötig. Was wir ändern müssen, ist die Neutralitätspolitik. Die Neutralität bedeutet, dass wir kein WK-Bataillon in die Ukraine schicken. Sie bedeutet nicht, dass wir eine Politik der Äquidistanz gegenüber den Konfliktparteien verfolgen. Die Ukraine ist klar das Opfer. Wir dürfen, ja müssen ihr helfen, wollen wir die Werte, auf denen unsere Demokratie aufgebaut ist, nicht verraten. Es sind genau diese Werte, die den SVP-Wählern am Herzen liegen. Dass ihre Parteileitung einen Kreuzzug zugunsten eines Aggressors führt, ist unerklärlich.

«Eine Aufgabe der Neutralität ist aber auch nicht nötig. Was wir ändern müssen, ist die Neutralitätspolitik.»

Der Auftrag der Armee ist neu zu überdenken

In einer Welt voll komplexer neuer Probleme ist die Armee das einzige polyvalente Instrument, das uns zur Verfügung steht. Der Armee wurden folglich in den letzten Jahrzehnten zahlreiche neue und gewichtige Aufgaben übertragen. Gleichzeitig sah sie sich mit einer steten Kürzung ihrer Mittel und Ressourcen konfrontiert. Ganz klar hat der *Verteidigungsauftrag* an Gewicht gewonnen. Krieg ist nicht nur wegen des heutigen, beinahe offenen Konfliktes zwischen der NATO und Russland, in dem beide Seiten ihren Einsatz stetig erhöhen, eine Realität. Bürgerkriege und militärische Operationen werden auch das Bild Afrikas noch stärker prägen. Die Wagner-Gruppe kontrolliert mehrere afrikanische Länder zu wesentlichen Teilen. Der Überschuss an jungen, arbeitslosen Männern wird das Konfliktrisiko auf dem Schwarzen Kontinent noch verschärfen. Klimaverschlechterung und katastrophale demographische Perspektiven (Afrikas Bevölkerung wird von heute 1,3 Milliarden Einwohnern auf beinahe 4,5 Milliarden im Jahre 2100 anwachsen) erhöhen den Konflikt- und Migrationsdruck weiter. Interventionen der Supermächte in Afrika werden zunehmen und schaffen so neue Gefahrenherde, von denen Funken jederzeit auch auf Europa überspringen könnte. Vor allem aber droht mit der Absicht Chinas, die Taiwan-Frage, falls nötig, mit militärischen Mitteln zu lösen, ab 2027

eine akute Bedrohung eines Krieges zwischen den USA und China. Dabei würde es sich um eine militärische Operation handeln, die eine rund

zehnmal grössere Invasionsstreitmacht als Russlands Angriff auf die Ukraine erfordern würde. Es wird auf den amerikanischen Präsidenten der Stunde ankommen, ob es zu einem grossen Krieg oder nur zu einer Weltwirtschaftskrise kommen wird. Für Russland wäre es attraktiv, eine Taiwankrise zu einem neuen Schlag in Europa zu nutzen. Wir müssen davon ausgehen, dass wir fünf bis acht Jahre haben, um unsere Verteidigungsbereitschaft zu stärken.

Zweifelsfrei wird die Armee wegen der Rückkehr zur Verteidigungsfähigkeit mehr Mittel benötigen, als heute im Finanzplan eingestellt sind. Wegen der Schuldenbremse produziert jeder Aufwuchs in einem Teil des Gesamtbudgets automatisch Sparzwang bei den

anderen Budgetposten. Historisch hohe Budgetsteigerungen sind in den nächsten zehn Jahren im Bereich der Forschung absehbar (nötig sind zehn Prozent Zuwachs pro Jahr) sowie im Kampf gegen die Klimaveränderung. Das vermehrte Auftreten von Seuchen, die zu erwartende höhere Zahl von Flüchtlingen und Migranten und andere Teilbereiche staatlichen Tuns (wie etwa das Gesundheitswesen) zeigen ebenfalls düstere Prognosen. Die Verbundkrise, der wir uns heute gegenübersehen, verlangt riesige finanzielle Mittel von uns. Diese können nur durch eine bedeutende Steigerung des Produktionsfaktors Technologie geschaffen werden. Wir müssen neue, umweltschonende Technologien entwickeln, die Wachstum ohne zusätzliche Belastung unseres Klimas und unserer Umwelt ermöglichen. Es bedingt auch, dass wir den Übergang zu KI und Quantencomputern sicher vollziehen können. Dieser Übergang ist heute mehr als problematisch. Die Schweiz hat jedes Interesse, Genf zur «Cyber-Hauptstadt der Welt» zu entwickeln, die unter anderem das Zentrum dringender nötiger Verhandlungen über einen sicheren Übergang zu KI ist.

Wir müssen nüchtern feststellen, dass ein Ausbau der Verteidigungskapazität nur dann möglich ist, wenn andere Politikbereiche ebenfalls wachsen. Das trifft für den Ausbau des internationalen Genfs ebenso zu

wie für die Hilfestellung vor Ort für das gebeutelte Afrika oder die Sicherung eines Schweizer Weltstandards im Forschungsbereich. Es ist vor diesem gewaltigen Kapitalbedarf

erst erkennbar, wie obszön sich der Finanzsektor verhalten hat (und weiter verhält). Die Rettung der CS allein hat uns Garantien von 259 Milliarden Franken verschlungen. Ein Einbrechen der UBS würde zu einem Staatsbankrott führen. Wir stehen hier erst am Anfang. Wir werden nicht umhinkommen, eine stärkere Verschuldung ins Auge zu fassen. Dies ist brandgefährlich, verlangt Augenmass und internationale Abstimmung. Lösen wir die verschiedenen Aspekte der Verbundkrise aber nicht – oder lassen wir es zum grossen Krieg kommen, so ist die Zukunft unseres Planeten als Lebensraum gefährdet, während die Einstiegs- und Zuwachsraten der nötigen Problemlösungsansätze immer teurer und unerschwinglicher und die Gefahr von Krieg immer grösser werden.

«Wir müssen davon ausgehen, dass wir fünf bis acht Jahre haben, um unsere Verteidigungsbereitschaft zu stärken.»

Armee muss im Pandemiefall Einsätze im globalen Süden leisten können

Es ist nicht nur der Verteidigungsbereich, der im Armeeauftrag wieder einen deutlich grösseren Stellenwert einnehmen muss. Der *Assistenzdienst im Gesundheitswesen* ist eine neue Aufgabe, die potenziell bedeutsam werden kann. Mit weiteren Epidemien und Pandemien ist zu rechnen. Die Familie der Marbach-Viren, neue Mutationen des Covid-Virus und hochansteckende Varianten anderer, heute noch nicht als Gefahr georteter Erreger stehen dabei im Vordergrund. Der «Worst Case» wäre ein Virus mit der Ansteckungsgefahr von Omikron und der Letalität von Ebola. Die Armee muss daher die Fähigkeit haben, an internationalen Missionen zur Eindämmung eines Seuchenherdes im Globalen Süden teilzunehmen, z. B. mit einem oder zwei Transporthelikoptern und einem Sanitätsdetachment. Die Anschaffung von einem bis zwei Transportmaschinen empfiehlt sich, nicht nur in diesem Szenario. Die Armeepothek sollte die notwendigen Lager an Schutzmasken, -brillen, -handschuhen und -kleidern, Sauerstoff und was sonst noch benötigt wird, anlegen und bewirtschaften. Zusammen mit der Industrie sind nationale Produktionslinien vorzubereiten. Ein Teil der Sanitätstruppen (ein bis zwei San Bat) sind für den Assistenzinsatz im Seuchenfall zu bestimmen, auszubilden und auszurüsten. Diese Einheiten sollten den Einsatz im Verteidigungsfall, allenfalls auch in der Katastrophenhilfe als Zweit- oder Drittauftrag weiter beibehalten und dementsprechend über mehr als einen Ausrüstungssatz verfügen. Für den Verteidigungsfall sind die Zelte so auszulegen, dass sie schnelle Wundversorgung ermöglichen; für den Seuchenfall steht die Fähigkeit, Patienten zu isolieren und die Dekontamination im Vordergrund.

An Gewicht gewonnen hat auch die *Katastrophenhilfe*. Der Klimawandel erzeugt eine rasch steigende Nachfrage nach Mitteln, die im Katastrophenfall mobil eingesetzt werden könnten. Die Armee ist das schnellste und flexibelste Instrument, um den Zivilschutz- und Rettungsorganen der betroffenen Gebiete vor Ort Hilfe zu leisten. Da die Erdbebengefahr in der Schweiz wächst und die einzelnen Katastrophen immer mehr Schaden einrichten, sollten einige Einheiten diesen Auftrag als Primärauftrag zugeteilt erhalten.

An Bedeutung verloren haben der *Botschaftsschutz* (der von einer anderen Komponente des Sicherheitsverbun-

des Schweiz übernommen wurde), und die *Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen* (solche Missionen werden vom tief gespaltenen UNO-Sicherheitsrat kaum noch gesprochen; die autoritären Staaten wollen nicht Frieden und Stabilität, sondern den Sieg). Der *Schutz kritischer Infrastrukturen* ist im Verbund mit anderen Akteuren des Sicherheitsverbundes Schweiz zu lösen.

An Gewicht klar gewonnen hat *Cyber*. Dabei geht es um die Abwehr von Cyberangriffen auf die Schweiz durch feindliche Streitkräfte, Geheimdienste und Cyber-Söldner, um die elektronische Kontrolle des Schlachtfeldes, die Fähigkeit, Cyber für offensive Zwecke zu verwenden – etwa um feindliche Kommandonetze lahmzulegen und Waffensysteme zu blockieren, Cyberspionage und Hacking, kriminelles Hacking aller Art sowie jegliche andere Form von Cyber Misuse.

Schliesslich hat das Verteidigungsministerium ein Interesse daran, im *Soft Security Bereich* eine Stellung zu haben, die es ihm erlaubt, den eigenen Nachwuchs zu fördern (Stipendienprogramm), an Erfahrung zu gewinnen (internationale Simulationsübungen) und Partnerschaften einzugehen. Es gilt, mit den Genfer Zentren des Bundes eng zusammenarbeiten und Synergien herzustellen.

Lehren aus dem Ukrainekrieg lernen

Wir haben den Vorteil, dass der Ukrainekrieg erlaubt, die modernste Waffentechnik im Echteininsatz beobachten zu können. Die Analyse dieses Konfliktes wird das Gefechtsfeld auf Jahre hinaus prägen. Unbestrittenermassen ist die wesentlichste Erkenntnis, dass Munitions- und Materialreserven um ein Vielfaches grösser sein müssen, als man bisher angenommen hatte. Infiltrationstaktiken und Special Forces haben sich erneut bewährt. Die Fähigkeit der Infanterie, asymmetrischen Kampf zu führen, wurde auch im modernen integrierten Gefechtsfeld bestätigt. Drohnen, in allen Grössen und Konfigurationen haben im Ukrainekrieg einen glanzvollen Siegeszug angetreten und werden von beiden Kriegsparteien zu Tausenden eingesetzt. Sowohl der Luftkrieg wie die Anforderungen an die Luftabwehr hat dies massiv verändert. Raketenunterstützte Fernartillerie mit hoher Treffpräzision sowie ganz generell Systeme mit der Fähigkeit, den Gegner in der ganzen Tiefe des operativen Raumes bekämpfen zu können, gehören ebenfalls zu den Gewinnern.

Lücken in den Flab-Schirmen werden von einem Gegner erbarmungslos ausgenutzt. Die Luftverteidigung profitiert von einem Mix von Flab-Kanonen und -raketen. Bei einem Gegner vom Kaliber Russlands werden Abwehrsysteme benötigt, die (wie die «Patriot») angreifende Hyperschall-Glider bekämpfen können, aber auch solche, die die in grosser Zahl eingesetzten Drohnen abschiessen können. Beide Systemtypen benötigen grosse Munitionsmengen. Technische Überlegenheit zahlt sich auf dem Gefechtsfeld aus. Die westlichen Waffensysteme erwiesen sich in jeder Hinsicht den russischen Modellen überlegen. Am ausgeprägtesten war diese Überlegenheit im Bereich der Beherrschung des Gefechtsfeldes: systematisches Erfassen und Auswerten aller Aufklärungsergebnisse, Zielzuweisung, Vernichten feindlicher Kräfte, Kommandoposten und Depots («full scale battlefield dominance»).

Konkrete Absprachen und ein «Status of Forces Agreement» mit der NATO wären sinnvoll

Die Auswertung der Kriegslehren und deren Integration in die Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit der Armee müssen zwingend zusammen mit der NATO erfolgen, die in einem Konflikt in Europa unser Verbündeter würde. Der Aufbau des grossrussischen Reiches dürfte auch nach dem Ukraine Konflikt, unabhängig davon wie dieser ausgeht, und unabhängig davon, ob Putin sich an der Macht halten kann, weit oben auf Russlands Agenda stehen. Ein Waffenstillstand im Ukrainekrieg wäre für Moskau eine willkommene Pause zum Absorbieren der Verluste, zum Verschnaufen und zum Wunden lecken. Der ab 2027 wahrscheinliche chinesischen Angriff auf Taiwan gäbe Moskau die Chance, den Druck auf Europa erneut massiv zu verstärken, ein drittes Mal über die Ukraine herzufallen und weitere Länder (beginnend mit Moldawien) zu erobern. Auch ein Putsch gegen Putin dürfte daran nicht viel ändern, dürfte doch die Putschisten sehr wahrscheinlich in der Kreml-Rechten zu suchen sein, die schon seit Langem eine Ausweitung des Konfliktes mit der NATO fordert. Die Schweiz muss, in einem Wort, auf Jahre hinaus mit einem Anhalten von schweren Kriegshandlungen

gen und Spannungen in ihrer Nachbarschaft rechnen, die jederzeit allenfalls gar zum Einsatz von Kernwaffen führen könnten. Und Deutschland hat für zwei Tage Munition.

Die Modernisierung und der Wiederaufbau unserer Verteidigungsfähigkeit sind dringend. Sie ist nicht ein Geschäft, das man auf den St. Nimmerleinstag verschieben kann. Wir können nicht abwarten, bis wir – d. h. Westeuropa – angegriffen werden. Eine kriegserfahrene und bis 2027 auch wieder aufgerüstete und nun auch solide ausgebildete russische Armee dürfte versucht sein, binnen Tagen am Rhein zu stehen. Deutschland hat heute noch rund 230 Kampfpanzer (verglichen mit 2600 am Ende des Kalten Krieges). Es hat auch (noch) nicht in genügender Zahl die modernen Mittel, um den ganzen operativen Raum des Gegners mit Präzisionswaffen umpflügen zu können. Der Wolf pirscht sich immer näher und faucht nun auch dazu.

Die Schweiz kann einen russischen Angriff nicht siegreich bestehen. Es sei denn, wir seien mit der NATO verbündet oder ihr beigetreten. Das wäre eine andere Liga. Die NATO ist Russland konventionell überlegen und hat eben bewiesen, dass sie russische Nukleardrohungen neutralisieren kann. Wir müssen, auch wenn wir die Landesverteidigung deutlich stärken, bestimmte Lücken in dieser hinnehmen. Die NATO könnte einige von ihnen schliessen. Der amerikanische nukleare Schutzschild über der nordatlantischen Welt ist der Hauptgrund, weshalb wir beinahe 80 Jahre Frieden in Europa kennen.

Es wäre daher sinnvoll, wenn wir die Gespräche mit der NATO einen Schritt weiterführten und konkrete Absprachen mit der NATO eingingen, wie wir uns im Bündnisfall verhalten würden und ob der nukleare Schutzschirm der USA auch über der Schweiz aufgespannt würde. Henri Guisan hat solche konkreten und

«Die Modernisierung und der Wiederaufbau unserer Verteidigungsfähigkeit sind dringend. Sie ist nicht ein Geschäft, das man auf den St. Nimmerleinstag verschieben kann. Wir können nicht abwarten, bis wir – d. h. Westeuropa – angegriffen werden.»

detaillierten militärischen Vereinbarungen für den Kriegsfall mit Frankreich ausgehandelt (die entsprechenden Dokumente fielen der vorrückenden Wehrmacht in einem Eisenbahnwaggon in La Charité sur Loire in die Hände). Der Schweizer

Generalstab und der französische Generalstab planten für den Fall, dass das Dritte Reich versuchen sollte, die französische «Maginot»-Linie durch einen Stoss über die Schweiz zu umgehen, bis ins Detail, wie sie militärisch reagieren würden (Frankreich würde die Schweizer Abwehrlinie mit einem Armeekorps verstärken). Heute stünden der Zugang zu amerikanischen Geheimdienstkenntnissen und Waffenlieferungen im Vordergrund. Wichtig ist auch die Frage, ob die Schweiz konsultiert würde, bevor die USA den Krieg auf die nukleare Schwelle anheben. Sehr wichtig ist auch, ob die Schweizer Truppen taktisch dem SACEUR unterstellt würden. Der Bundesrat würde kein a priori Bündnisversprechen abgeben, lediglich ausloten, wie ein solches aussehen würde. Der Entscheid, in den Krieg einzutreten, bliebe bei der Schweiz. Es wäre aber geregelt, in welchen NATO-Stäben die Schweiz Einsitz nähme, und welchen Auftrag die Arme im Rahmen der Verteidigung Mitteleuropas hätte, welche Basen von der NATO genutzt werden könnten. Die Liste der abzuschliessenden Übereinkommen würde bis zur Notwendigkeit reichen, ein SOFA abzuschliessen («Status of Forces Agreement»), das die Rechtsposition und alle möglichen technischen Detailfragen für Schweizer Militärs auf NATO-Territorium (und NATO-Personal auf Schweizer Boden) regelte. Das alles kann nicht erst geregelt werden, wenn Russland angreift. Interoperabilität muss ein wichtiges Kriterium schon in der Beschaffung sein.

«Die Lehren des Krieges in der Ukraine sind auch im Personalbereich zu ziehen. Wir brauchen vermutlich mehr Berufspersonal, vor allem Berufsunteroffiziere. Bestandslücken müssen gefüllt werden.»

Die Lehren des Krieges in der Ukraine sind auch im Personalbereich zu ziehen. Wir brauchen vermutlich mehr Berufspersonal, vor allem Berufsunteroffiziere. Bestandslücken müssen gefüllt werden. Und wir brauchen dringend mehr an NATO-Hochschulen und Akademien ausgebildete Berufsoffiziere. Die Debatte darüber, wie viele Ressourcen die Armee benötigt, muss von den konkreten Bedürfnissen ausgehen, kann also

«Die Debatte darüber, wie viele Ressourcen die Armee benötigt, muss von den konkreten Bedürfnissen ausgehen, kann also höher sein als der heute bewilligte Effektivbestand von 140 000 Mann.»

höher sein als der heute bewilligte Effektivbestand von 140 000 Mann.

Wir stehen an einer Zeitenwende. Wie dramatisch sie ausfällt, wissen wir heute noch nicht. Das hängt vom Ausgang des Ukrainekrieges ab, vom Zustand Russlands nach dem Krieg (und vermutlich nach Putin) und von der Frage, ob China vom Angriff auf Taiwan abgebracht werden kann. Es hängt in entscheidender Weise auch davon ab, ob die USA sich stabilisieren können, oder ob Trump, die autistische Karikatur eines Präsidenten, im Weissen Haus wieder Einsitz nimmt (bzw. eine Wahlniederlage wie 2020 nicht anerkennt). Es ist ein nicht zu vernachlässigender Punkt, dass die Frage, um wieviel die Schweiz ihren Verteidigungshaushalt anheben, auch politisch für unser Verhältnis zu Washington von Bedeutung ist. Tut sie aus amerikanischer Sicht zu wenig, wird auch der Druck auf den Werk- und Finanzplatz Schweiz zunehmend verschärft werden. Das Schweizer Parlament beschloss, eine Steigerung auf mindestens 1 Prozent des BIP bis spätestens 2030 zu erreichen. Der Bundesrat strecke dieses Ziel und will 1 Prozent bis 2035 erreichen. Die USA verlangen von ihren Alliierten 2 Prozent des BIP – und zwar jetzt. Wir müssten unserer Verteidigungsbudget mehr als verdoppeln. Der Wolf hat angehalten, richtet seine kalten Augen auf uns und wartet, was wir tun. ♦

Theodor H. Winkler hat im LIT-Verlag sein neues Buch mit dem Titel «Zeitenwende: Russlands und Chinas Griff nach der Weltmacht» (ISBN 978-3-643-80339-9) publiziert. Der vorliegende Artikel gibt seine Thesen nicht nur in einer konzentrierten Form wieder, sondern zieht auch Schlussfolgerungen für die Schweizer Armee aus seiner Sicht.